

Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands)

Verlag: Verlag des Arbeiter-Zentralrats, Breslau, Brückstr. 17-19  
Postfach 70. — Preis pro Monat: 10 Pf. — pro Quartal: 30 Pf. — pro Jahr: 100 Pf.  
Abbestellung: 1. B. Brückstr. 17-19, Breslau.  
Postfach 70. — Fernsprech-Anschluss: Amt Nr. 8937.

Dienstag, 26. Sept. 1922

Verlag: Verlag des Arbeiter-Zentralrats, Breslau, Brückstr. 17-19  
Postfach 70. — Preis pro Monat: 10 Pf. — pro Quartal: 30 Pf. — pro Jahr: 100 Pf.  
Abbestellung: 1. B. Brückstr. 17-19, Breslau.  
Postfach 70. — Fernsprech-Anschluss: Amt Nr. 8937.

## Geeinigt zum Heil des Kapitals!

Die Einigung, beider Sozialdemokraten ist eine vollendete Tatsache. Der Zusammenschluß aller reformistischen, aller revisionistischen Kräfte im deutschen Proletariat ist vollzogen. Die Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien ist ein Meilenstein auf dem Wege der demokratischen Republik.

Denn der Mutterboden dieser neuen Partei ist das Bekenntnis zur Weimarer Verfassung, das Gelöbnis, die demokratische Republik treu und standhaft zu schützen. Nicht die Republik der gährenden Revolution vom 9. November, nicht die Vaterrepublik, für die Liebknecht starb, und für die kommunistische, unabhängige, sozialdemokratische Proletariat zu Tausenden in den Tod gegangen sind. Sondern die demokratische Republik, deren Väter Koste und Scheidemann, deren Träger Radbruch und Gehler, deren Herrscher Stinnes und Klötzer heißen. Rechtfertigung des Moskauer von gestern, Anerkennung der durch Reichswehr und Klassenjustiz geschnittenen Stinnesrepublik von heute, das ist der Inhalt der sozialdemokratischen Einigung. Kein Wunder, daß die gesamte bürgerliche Presse mit lautem Beifall oder stillen Wohlwollen fast einmütig die Beschlüsse von Augsburg und Gera begrüßt. Die Bourgeoisie weiß, warum sie zufrieden ist.

In den Stürmen der innen- und außenpolitischen, der wirtschaftlichen und sozialen Krise bietet sich die Vereinigte Sozialdemokratie dem deutschen Kapital als Rettungsanker dar. Die reformistischen Führer wollen mit erprobten Fangern den tiefen Einheitsdrang und den heißen Kampfeswillen der deutschen Arbeiterklasse zur lähmenden Illusion umnetzen. Statt des Klassenkampfes wird ein paritätischer Parteivorstand, statt der Arbeiterfront ein gemeinsames Mitgliedsbuch geschaffen. Das Bürgertum schleudert die Fangnetze der Koalitionspolitik weit in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft hinein. Die alten und neuen Parteigenossen Eberts haben sich um die Ebertrepublik verdient gemacht.

Aber kaum geboren, trägt das neue Lebewesen einen massigen Widerspruch in seinem Schoß. Der elende Zerfall der sozialistischen Partei Italiens zeigt uns in diesen Tagen, wie wenig das bloße Dasein einer reformistischen Massenorganisation genügt, um den Krisen des Klassenkampfes standzuhalten. In Italien hat der Faschismus die sozialdemokratische Massenpartei zerschlagen weil das Proletariat schwach und unerfahren ist. Aber die deutsche Arbeiterklasse besitzt die Tradition von Jahrzehnten und die Kraft von vielen Millionen. Die deutschen Arbeiter können ebenso wenig wie die deutschen Kapitalisten dem Klassenkampf ausweichen. Die gesellschaftliche Situation stellt sie mit jedem Tag vor schärfere Probleme. Die Not brennt ihnen auf den Nägeln. Die Reparationskrise raubt ihnen das Brot und zwingt sie zur Fronarbeit. Der französische Imperialismus jetzt seinen friedlich-kriegerischen Blünderungszug gegen die deutschen Bodenschätze fort. Die Schwerindustrie schachtet mit Frankreich, die Hochfinanz handelt mit England um die gemeinsame Ausbeutung der Proletariat. Die Vereinfachung des Brotpreises ist beschlossen. Die Vereinfachung des Achtstundentages ist im Werke. Zur gewaltsamen Eiferung aller Berufe des Unternehmertums stehen die reaktionären Verbände von Bayern und Ostpreußen bereit.

Die Arbeiter werden in dieser Situation nicht ruhig bleiben. Sie können sich nicht von Programmen nähren, sie können nicht statt Kleider Resolutionen und statt Schuhen Protestaufzüge anziehen — auch dann nicht, wenn sie von der Vereinigten Sozialdemokratie unterzeichnet sind. Die Arbeiter werden nicht in ferner Zukunft, sondern in der brennenden Gegenwart Latein von der neuen Partei verlangen. Sie fordern schon heute ohne Rücksicht auf die Partei in den Betrieben, Gewerkschaften und Betriebsraterversammlungen den Kampf gegen Hunger und Elend.

Die Sozialdemokratie lehnt es ab, diesen Kampf zu führen. Ihre Parteitage haben nochmals die Koalitionspolitik gebilligt. Die Minister, Staatssekretäre und Parteiprääsidenten der USPD sind gar nicht mehr imstande, sich von den Fabrikbesitzern, Bankdirektoren und Regie-

1914 kämpften die Gewerkschaften gegen die Unternehmer. Die Sozialdemokraten gegen die kapitalistische Regierung.

Bei einem Stundenlohn von 60 Pfennig könntest Du für anderthalb Stundenlöhne ein Pfund Wurst, für zehn Stundenlöhne ein Paar Stiefel, für hundert Stundenlöhne einen Anzug kaufen.

Jetzt stehen die Gewerkschaftsführer in Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern, die Sozialdemokraten sitzen mit den Kapitalisten in der Regierung.

Beim Stundenlohn zu 70 Mark (und es gibt Unternehmer, die schamlos genug sind, 6 Mark anzubieten, und Arbeiter, die das gräßliche Elend zwingt, sie anzunehmen) bekommst Du für vier Stundenlöhne ein Pfund Wurst, für sechzig ein Paar Stiefel, für vier hundert einen Anzug.

So tief ist die Kaufkraft Deines Lohnes gesunken, so hat sich der Abstand zwischen Löhnen und Preisen vergrößert. Die Einschmelzung der USPD in die SPD, steht im Dienste der Koalitionsregierung mit ihrer Politik der Erfüllung des Friedensvertrages auf alleinige Kosten der Arbeiterklasse. Die USPD soll den Widerstand der Arbeiterschaft gegen noch weitere Verschlechterung der Kaufkraft bei Verlängerung der Arbeitszeit abwürgen.

... rüstungen des Bürgertums zu trennen. Die Massenpartei wird bei jedem ersten Konflikt die Massen im Stich lassen. Sie wird den zweideutigen Weg ihrer bisherigen Politik fortsetzen, nur mit dem Unterschied, daß die Erwartungen und das Schwerkraft der sozialistischen Massen künftig die Widersprüche des Klassenfriedens sprengen muß.

Die sozialdemokratischen Führer werden eine Zeitlang versuchen, ihrem Schicksal auszuweichen. Sie haben dafür zwei Mittel. Erstens versuchen sie, durch eine scheinbare Opposition die konterrevolutionäre Arbeit ihrer Latein zu trüben. Manöver, wie sie anläßt der Preiserhöhung angezündet werden, drohen aber in der heuchlerischen Situation über die Köpfe ihrer Arbeiter hinwegzugehen. So bleibt als letzte Ablenkung der Kampf gegen die revolutionären Elemente der Arbeiterklasse, die Kommunistenheze.

Auch die Waffe zerbricht an den objektiven Tatsachen. Selbst die engste Koalition mit Stinnes, selbst die Verschimpfung und Entfremdung von zehntausend Kommunisten rettet das Proletariat nicht vor dem Esorbnt und vor dem Zehnstundentag. Der Gegensatz zwischen den Massen, die kämpfen und den Parteiführern, die den Kampf lähmen bleiben ungemindert bestehen.

Die kommunistische Partei wird keinen Augenblick zögern, den reformistischen Block zu bekämpfen. Die Kommunisten stützen sich in dieser Auseinandersetzung auf alle vorwärtsdrängenden Kräfte des Proletariats. Der Wille zur revolutionären Zusammenfassung ist im Machen. Die Arbeiter, für die Ledebour in Gera gesprochen hat, wollen zweifellos schon jetzt die Vereinigung mit der kommunistischen Partei. Zwar sind die hohlen Proteste der Dißkulantente schon nach 24 Stunden vergessen und verraten, aber sie zeigten wenigstens, daß breite Massen mit Bewußtsein innerhalb der neuen Partei den Bruch mit dem Bürgertum, die Einheitsfront mit den Kommunisten fordern. Die neuen Mitgliederzahlen müssen die reformistische Partei zertrümmern und zerschlagen, wenn ihre Hoffnungen verwirklicht werden sollen. In allen Gegenden Deutschlands schreitet die Aktion der Selbsthilfe, die Bewegung der Betriebsräte fort. Die Sabotage der Gewerkschaftsführer

vermag den Kampf nicht einzudämmen. Die Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien stärkt die Kommunisten anstatt sie zu isolieren.

Der sozialdemokratische Zusammenschluß verändert die gesamte politische Situation in der Arbeiterklasse. Die Zeit des „Parteigerichts“ ist mit dem Ausscheiden der USPD beendet, die größte und ernste Auseinandersetzung die das deutsche Proletariat erlebt hat, fängt an.

Das Kampffeld ist jetzt frei. Das Gerümpel der Halbheiten ist fortgeräumt. In Deutschland gibt es kein „marxistisches Zentrum“ mehr. Es gibt nur noch eine Rechte und Linke, eine Sozialdemokratie und einen Kommunismus, ein Stinnesbündnis und einen Klassenkampf.

Auf ihre Fahnen, die seit 1914 mit der Schmach des Burgfriedens besetzt, die seit 1918 mit dem Blut der Arbeiter besudelt sind, schreibt die Sozialdemokratie im September 1922 den Hunger und die Sklaverei. Sie stellt sich als Prellbock vor die bürgerliche Republik, damit Ludendorff seine Regimenter und Stinnes seine Milliarden zählen kann.

Das politische Ringen zwischen der Vereinigten Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei bedeutet künftig nichts Geringeres als die Entscheidung der deutschen Revolution.

### Wer lobt die USPD?

Die Hakenkreuzler.

Als Leitmotiv beherrschte die beiden sozialdemokratischen Parteitage die Anbiederung an die Bourgeoisie und die Hege gegen die kommunistische Arbeiterschaft. Es ist kein Wunder, daß die gesamte bürgerliche Presse der sozialdemokratischen Vereinigung lauten Beifall erteilt. Immerhin dürfte es bisher noch niemals geschehen sein, daß die äußerste Reaktion der größten deutschen Arbeiterpartei offen und laut jubelt. Die „Deutsche Zeitung“, das Organ Maurenbrechers und schwarz-weißen Mörderbanden schreibt in seiner gefestigten Abendausgabe über den Augsburger Einigungsparteitag folgende Sätze:

„Beachtenswert bleibt, daß in der Versammlung Worte gesprochen sind, wie sie bisher wohl nie ein sozialdemokratischer Parteitag gehört hat. Der Hamburger Genosse Dr. Kraak redete von den „Schlagworten der Sozialisierung und Erfassung der Sachwerte“. Verschiedene andere Vertreter nahmen die Reichswehr und die Flotte mutig in Schutz, und sowohl aus Oberschlesien, wie aus dem Saargebiet und aus dem Rheinland wurde nachdrücklich Einspruch erhoben gegen „nationale Würdelosigkeit“. Der Reichstagsabgeordnete Sollmann-Köln erklärte sogar unter starkem Beifall, „die deutschen Sozialdemokraten müssen lernen, die Worte „Deutschland“ und „Vaterland“ aus innerem Herzen heraus zuzusprechen“. Verschiedentlich zeigten außerdem höhnische und erregte Zurufe, daß zahlreiche Teilnehmer des Parteitages nicht gewillt waren, den internationalistischen Verjöhnungsdübel widerspruchslos wälzen zu lassen. Es wurde in Augsburg „nationaler Egoismus“ verlangt und für die „Früchtigkeit des Familienlebens“ eingetreten, ja, selbst antisemitische Töne erklangen.“

Wir gönnen der Partei Scheidemanns, Silberlings, Rosenfelds und Paul Levis dieses wohlverdiente Lob. Wir wissen, daß die Vereinigte Sozialdemokratie in Zukunft noch oft die Zustimmung der deutschnationalen Konterrevolution erwerben wird. Die Arbeiter können daraus ihre Schlüsse ziehen.

### Die Vereinigung geleglich geschickt.

Mauthausen, 23. September.

Die Polizei konfiszierte die von der kommunistischen Partei anläßlich der Vereinigung der USPD mit SPD herausgegebenen Plakate.

# Der Parteitag der SPD.

(Wichtigste Beschlüsse des Parteitag.)

München, 22. Sept. 22.

1. Tagesordnungspunkt.

Der akademische Vortrag des in seinem vortierlichen Vortragsprogramm vorkommenden Vortrags, der den Parteitag leitete, war von großer Wichtigkeit. Nur die Grundzüge des Vortrags sind hier wiedergegeben. Nur die Grundzüge des Vortrags sind hier wiedergegeben. Nur die Grundzüge des Vortrags sind hier wiedergegeben.

Der akademische Vortrag des in seinem vortierlichen Vortragsprogramm vorkommenden Vortrags, der den Parteitag leitete, war von großer Wichtigkeit. Nur die Grundzüge des Vortrags sind hier wiedergegeben.

Der akademische Vortrag des in seinem vortierlichen Vortragsprogramm vorkommenden Vortrags, der den Parteitag leitete, war von großer Wichtigkeit. Nur die Grundzüge des Vortrags sind hier wiedergegeben.

Der akademische Vortrag des in seinem vortierlichen Vortragsprogramm vorkommenden Vortrags, der den Parteitag leitete, war von großer Wichtigkeit. Nur die Grundzüge des Vortrags sind hier wiedergegeben.

Der akademische Vortrag des in seinem vortierlichen Vortragsprogramm vorkommenden Vortrags, der den Parteitag leitete, war von großer Wichtigkeit. Nur die Grundzüge des Vortrags sind hier wiedergegeben.

Der akademische Vortrag des in seinem vortierlichen Vortragsprogramm vorkommenden Vortrags, der den Parteitag leitete, war von großer Wichtigkeit. Nur die Grundzüge des Vortrags sind hier wiedergegeben.

Der akademische Vortrag des in seinem vortierlichen Vortragsprogramm vorkommenden Vortrags, der den Parteitag leitete, war von großer Wichtigkeit. Nur die Grundzüge des Vortrags sind hier wiedergegeben.

Der akademische Vortrag des in seinem vortierlichen Vortragsprogramm vorkommenden Vortrags, der den Parteitag leitete, war von großer Wichtigkeit. Nur die Grundzüge des Vortrags sind hier wiedergegeben.

Der akademische Vortrag des in seinem vortierlichen Vortragsprogramm vorkommenden Vortrags, der den Parteitag leitete, war von großer Wichtigkeit. Nur die Grundzüge des Vortrags sind hier wiedergegeben.

# Was braucht eine Proletarierfamilie zum Leben?

Die Proletarierfamilie braucht zum Leben... (Text describing the needs of a proletarian family for survival, including food, clothing, and housing.)

Die Proletarierfamilie braucht zum Leben... (Continuation of the text describing the needs of a proletarian family.)

Die Proletarierfamilie braucht zum Leben... (Continuation of the text describing the needs of a proletarian family.)

Die Proletarierfamilie braucht zum Leben... (Continuation of the text describing the needs of a proletarian family.)

Die Proletarierfamilie braucht zum Leben... (Continuation of the text describing the needs of a proletarian family.)

Die Proletarierfamilie braucht zum Leben... (Continuation of the text describing the needs of a proletarian family.)

Die Proletarierfamilie braucht zum Leben... (Continuation of the text describing the needs of a proletarian family.)

Die Proletarierfamilie braucht zum Leben... (Continuation of the text describing the needs of a proletarian family.)

Die Proletarierfamilie braucht zum Leben... (Continuation of the text describing the needs of a proletarian family.)

Die Proletarierfamilie braucht zum Leben... (Continuation of the text describing the needs of a proletarian family.)

Die Proletarierfamilie braucht zum Leben... (Continuation of the text describing the needs of a proletarian family.)

## Das Entente Kapital.

Die belgische Sozialdemokratie zeichnet sich bekanntlich durch besonderen Patriotismus und Deutschenhass aus. Ihr Führer, namentlich Vandervelde, ist Anhänger des Versailles Friedens. Sie waren im Krieg blutdürstige Chauvinisten. Sie unterstützen jetzt 1918 bedingungslos die reaktionäre Politik des belgischen-französischen Kapitalismus. Das Zentralorgan der belgischen Sozialdemokratie, „Le Peuple“, hat die Sanctionen im Ruhrgebiet gebilligt; es hat die letzten Forderungen der belgischen Regierung für „richtig und gemäsig“ erklärt; es schreit täglich nach neuen Reparationen.

Dieses edle sozial-patriotische Blatt äußert sich zur Vereinnahmung der deutschen Sozialdemokratie folgendermaßen: „Wir sind glücklich, die sozialistische Einigung in Deutschland zu begrüßen. Die deutschen Sozialdemokraten haben zweimal, in Amsterdam und Frankfurt, die Notwendigkeit der Reparationsjahrlänge anerkannt. Ihre Wiedervereinigung ermöglicht alle diejenigen, die davon überzeugt sind, daß sie daran mitwirken, daß Deutschland seine Verpflichtungen einhält.“

Das Auslandskapital geht daran, zusammen mit Einiges die letzten Reste der deutschen Wirtschaft zu plündern. Um das Proletariat zur Wehrarbeit, zur harten Wehrarbeit anzutreiben, ist dem Ententeimperialismus die sozialdemokratische Massenpartei gerade recht. Die „Freiheit“ verschwindet.

## Das Entente Kapital.

Die belgische Sozialdemokratie zeichnet sich bekanntlich durch besonderen Patriotismus und Deutschenhass aus. Ihr Führer, namentlich Vandervelde, ist Anhänger des Versailles Friedens. Sie waren im Krieg blutdürstige Chauvinisten. Sie unterstützen jetzt 1918 bedingungslos die reaktionäre Politik des belgischen-französischen Kapitalismus. Das Zentralorgan der belgischen Sozialdemokratie, „Le Peuple“, hat die Sanctionen im Ruhrgebiet gebilligt; es hat die letzten Forderungen der belgischen Regierung für „richtig und gemäsig“ erklärt; es schreit täglich nach neuen Reparationen.

Dieses edle sozial-patriotische Blatt äußert sich zur Vereinnahmung der deutschen Sozialdemokratie folgendermaßen: „Wir sind glücklich, die sozialistische Einigung in Deutschland zu begrüßen. Die deutschen Sozialdemokraten haben zweimal, in Amsterdam und Frankfurt, die Notwendigkeit der Reparationsjahrlänge anerkannt. Ihre Wiedervereinigung ermöglicht alle diejenigen, die davon überzeugt sind, daß sie daran mitwirken, daß Deutschland seine Verpflichtungen einhält.“

Das Auslandskapital geht daran, zusammen mit Einiges die letzten Reste der deutschen Wirtschaft zu plündern. Um das Proletariat zur Wehrarbeit, zur harten Wehrarbeit anzutreiben, ist dem Ententeimperialismus die sozialdemokratische Massenpartei gerade recht. Die „Freiheit“ verschwindet.

## USP. in Gera gestorben.

Der Eintritt in die USP, gegen 9 Stimmen beschlossen. Ledebour gab folgende Erklärung ab: „Der Zusammenschluß mit der Sozialdemokratischen Partei bedeutet die Preisgabe des revolutionären Klassenkampfes. Die Mehrheit des Parteitag, die mit der Sozialdemokratischen Partei zur Bildung einer neuen Partei schreitet, ist in Zukunft die Mehrheit der Partei, die von den bisherigen Grundfragen der Partei nicht getragen sind. Demgegenüber halten wir fest an unseren alten Grundfragen und unserer Selbstständigkeit und fordern die Genossen auf, der fortbestehenden Unabhängigkeit der Sozialdemokratischen Partei nach wie vor die Treue zu bewahren.“

Außer von Ledebour war diese Erklärung von Baldewill, Heise-Wessalen, Mutter-Wessalen, Obuch-Riebert, Raub-Oberhieseln, Theodor Viehnecht-Berlin unterzeichnet. Rosenfeld fiel im letzten Moment um und beschloß die Rede nach Nürnberg mitzumachen.

Außer von Ledebour war diese Erklärung von Baldewill, Heise-Wessalen, Mutter-Wessalen, Obuch-Riebert, Raub-Oberhieseln, Theodor Viehnecht-Berlin unterzeichnet. Rosenfeld fiel im letzten Moment um und beschloß die Rede nach Nürnberg mitzumachen.

Sorgt für die Hungernden Englands!

### Das erste russisch-französische Abkommen.

Die im vorigen September erzielte, bei der Zahl der Vertragsparteien die weiteste geographische Ausdehnung erhaltende, einseitig im Namen der Entente... [The rest of the text is heavily obscured and mostly illegible]

### Die englischen Kommunisten gegen die Kriegsgefahr.

In ganz England regt sich die Arbeiterklasse, um die Gefahren eines neuen Weltkrieges, die durch die orientierten Voraussetzungen sind, abzuwehren. Das Exekutivkomitee der kommunistischen Partei Englands hat eine Besprechung mit dem Vorstand der englischen Arbeiterpartei gehabt...

### Appell zur Solidarität!

An die erwachsene Arbeiterschaft Deutschlands!  
Seid einigen Tagen stehen auf verschiedenen Sam-  
burger Werften nahezu  
**1000 Jugendliche im Streik!**

Wieder sind sie, wie bei allen früheren Gelegenheiten, bei der letzten Lohnerhöhung ungenügend berücksichtigt wurden. Und nicht nur aus Hamburg, sondern auch aus anderen Teilen des Reiches mehrten sich die Meldungen über Lehrlings- und Jungarbeiter-Bewegungen. In München demonstrierten mehrere hundert Jugendliche vor dem Direktionsgebäude der Masafat-Werke in Berlin erreichten einem der AGW-Werke die Jugendlichen durch energisches Auftreten eine Erhöhung ihrer Stundenlohnens.

### Die wachsende Notlage

zwingt das jugendliche Proletariat zur Einreichung in die gegen die Teuerung und niedrigen Löhne kämpfenden Arbeiterschaft. Überall werden die Gewerkschaften bestärkt, bei den Tarifverhandlungen die berechtigten Forderungen der Jugend zu vertreten — die erwachsene Arbeiterschaft in den Betrieben wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Kapital drauf und dran ist, das jugendliche Proletariat zu Lohndrückern gegen Eltern und Geschwister zu gebrauchen. In einem solchen Augenblick muß die Meldung, daß in Hamburg ein Teil der erwachsenen Arbeiterschaft Streikbrecherarbeit leistet, helle Empörung auslösen.

In dieser ersten Stunde fordern wir das erwachsene Proletariat in den Betrieben und Gewerkschaften auf, in seinen eigenen Interesse und zum Wohle der kommenden Generation der Arbeiterklasse, bei jeder Gelegenheit die Forderungen der arbeitenden Jugend nach menschenwürdiger Entlohnung und gleichberechtigter Behandlung ihrer Ansprüche zu unterstützen.

Fordert die Hinzuziehung von Jugendvertretern zu Tarifverhandlungen!  
Fordert die Sicherung des Jugendproletariats gegen die körperzerstörende Altkorarbeit!  
Fordert die Jugendlichen zum Eintritt in die Gewerkschaft auf!  
Mit Rat und Tat dem Jungproletariat zur Seite gestanden! Gleichgültigkeit und Streikbruch ist Ver-  
rat an der gesamten Arbeiterklasse!  
Berlin, 22. September 1912.

Zentrale der Kommunistischen Jugend Deutschlands,  
Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands  
Abtlg. Gewerkschaften.

### Schlesische Rundschau.

#### Das Gesicht der Sozialdemokraten.

Wie tief die SPD. gesunken ist, zeigt folgendes Beispiel aus Striegau. In Oräden bei Striegau fand unlängst die Einweihung eines Kriegerdenkmals statt. Obwohl man als selbstverständlich annimmt, daß sich Arbeiter nicht an solchen Kriegervereinstummel beteiligen, nahmen doch viele SPD-Beute an der Einweihung des hauptsächlich von Unternehmern bezahlten Denkmals teil. Die Kritik unserer Striegauer Genossen daran veranlaßt nun einen der sozialdemokratischen Denkmalsbeiwähler ein Besondereissel loszulassen, das die sozialdemokratische „Striegauer Volkszeitung“ kommentarlos abdruckt. Wir entnehmen dem Besondereissel folgendes (Die Sper-  
rungen sind von uns vorgenommen):

Am Sonntag, den 3. September, nachmittags 2½ Uhr, fand die feierliche Einweihung des aus heimischem Granit und von hiesigen Steinmetzen hergestellten mächtigen und schönen Denkmals zur Erinnerung an die im Weltkrieg gefallenen Gemeindeglieder statt. Es wurde durch freiwillige Gaben der Gemeindeglieder und der Granit-

... [Illegible text]



Der Arbeiter: Nu ihs oaber genung! Zaag fer Zaag bewerfft de mitech mit Drede und beschimpft miche uf jede Dart und Weise! Diech bezoghe ich nicht mehr! Raus aus meiner Wuhnung!

Die bürgerliche Presse: Aber, Freund, was hast Du denn? Habe ich Dir denn nicht immer die schönsten Schauergeschichten erzählt? Hast Du durch mich nicht immer die Wahrheit erfahren?

Der Arbeiter: Woas, Woahrheit? Nu hier od uf! Weiter nicht, wie Lug und Trug huft de gebrucht! De schiene Geschichte huft de geschriebe, im miche einzuschlacken. Ich brauch' ih ane Zeitung fer a Klassenkampf und fer Darbeeter-Interessen! Des-hoalb kinnst iche de „Schläsche Darbeeter-Zeitung“ in mei Haus, und zwoar noch iche ei der „Kuten Werbewuche!“ Raus mit dir! (Er gibt ihr einen Fußtritt.)

Die bürgerliche Presse: Hilfe! Mörder! Herr Koske! Ein Bolschewist!

einen Denkstein von annähernd 200 000 Mt. durch Sam-  
lungen aufzubringen. Da muß man, wenn man ein gestecktes Ziel erreichen will, eben mit denen verhandeln, die besser gestellt sind, und so wurde erreicht, was wir wollten. Aber mit Gewalt, lieber Kommunist, stände das Denkmal hier nicht!

Was hat also der Schreiber — und mit ihm die Redaktion der „Striegauer Volkszeitung“ — zu sagen? Erstens, daß die Feiere eine unpolitische war. Wie weit eine Denkmals-einweihung politisch ist oder nicht, weiß jeder Arbeiter von selbst. Denn das Denkmal ist nicht allein ein Gedenschild der Toten, sondern zugleich eine Erinnerung an den Weltkrieg. Zweitens, daß es eine „Sch rung der Gefallenen“ ist, wenn ein Denkstein für 200 000 Mt. errichtet wird. Sicher wäre es besser, wenn für diese 200 000 Mt. Brot für die Hinterbliebenen der 98 gefallenen Arbeiter gekauft würde. Und drit-  
tens führt er noch an, daß die Arbeiter, wenn sie etwas nicht selbst erreichen können, eben mit denen verhandeln, die besser gestellt sind. Die „Bessergestellten“, d. h. die Kapitalisten, werden aber nur dann etwas mit untertragen, wenn sie einen Vorteil daran haben. Und bei so einer Kriegerdenkmals-feiere haben sie immerhin den Vorteil, daß bei den Arbeitern das „vaterländische“ Gefühl geregt wird. Das Stammel des „Sozialdemokraten“, das von der „Volkszeitung“ gedeckt wird, ist nicht als der Auswuchs eines Kriegervereinsters, der in der SPD. organisiert ist. Weil diese Leute in der SPD. führend sind, deshalb verläßt diese Partei das Feld der Arbeiter an Stimmes. Und deshalb dürfen klassenbewußte Arbeiter dieser Partei nicht angehören.

Unlere Meinung ist, daß nicht Kriegerdenkmäler errichtet werden sollen, denn Steine können die Hinterbliebenen nicht essen, sondern daß besser für die Opfer des Krieges gesorgt werden soll. Wenn die Sozialdemokraten Kriegerdenkmäler wünschen, dann ist es eben bezeichnend für ihre Verblüffung. Wir meinen, daß die Arbeiter überhaupt nicht mit den „Bessergestellten“ verhandeln, sondern ihnen im Kampfe ihren Reichtum wegnemen sollen. Allerdings wird dies nur mit Gewalt möglich sein. Durch die Gewalt, durch die Befreiung der Arbeiterklasse, werden freilich keine Kriegerdenkmäler errichtet. Aber ein lebendiges Revolutionsdenkmal wird durch sie geschaffen: die freie Arbeiterrepublik. Und durch diese Gewalt werden alle die steinernen Denkmäler des Völkermörders und mit ihnen die Throne sozialdemokratischer Ministerherrlichkeit stürzen.

### Gewerkschafts-Bewegung.

#### Alle Kommunisten

die in der Metallindustrie beschäftigt sind, verjan-  
reich Mittwoch, den 27. September Abends punkt 7 Uhr  
im Parteilokal. Tagesordnung:

Der neue Tarif!  
Unbedingtes Erscheinen eines Jeden wird erwartet.  
Der Vorstand.

#### Mitgliederversammlung des Transportarbeiter-Verbandes.

Am 19. September fand in großer Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung des Trans-  
portarbeiter-Verbandes statt, die pärslich befußt war. Unter Punkt 1 der Tagesordnung wurde von den Kollegen Senf, Obier, Winter und Busse Bericht erstattet über den stattge-  
fundbenen Verhandlungstag. Aus den Ausführungen der ge-  
nannten Kollegen konnte nur entnommen werden, daß abge-  
sehen von einigen Anregungen gegen die Kommunisten im allgemeinen und gegen die kommunistischen Delegierten

... [Illegible text]

### Demagogisches Glanzstück eines Gewerkschaftsführers.

Eine öffentliche Transportarbeiter-Verammlung.  
In einer am 21. September im Schloßwerder abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Handelshilfsarbeiter hielt Kollege Vogel ein Referat über Klassengegensätze und Klassenkampf, doch war Kollege Vogel in seiner umständlichen Art diesem Thema nicht gewachsen. Der weitaus größte Teil der Anwesenden war nur erschienen, um das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen zu hören, welches in dieser Versammlung ebenfalls bekannt gegeben werden sollte.

Gleich nach Beginn der Versammlung machte sich eine sehr große Anruhe bemerkbar, die sich im Verlaufe der Ausführungen des Kollegen Vogel so sehr steigerte, daß derselbe sein Referat abbrechen mußte. Kollege Obier als Versammlungsleiter war zeitweilig nicht imstande, die Ruhe im Saale herzustellen. Erst nach vieler Mühe gelang es dem Kollegen Vogel, sein Referat zu beenden. Von dem Inhalt seiner Ausführungen ist nicht viel zu sagen. Der beste Beweis, wie dieselben von den Versammelten aufgenommen wurden. Die Diskussion gestaltete sich überaus lebhaft. Ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 5 Minuten wurde abgelehnt. In der Diskussion wurde von den Kollegen Tibe, Gerber, Rinne, Stande, Dresel u. a. das gesagt, was Vogel eigent-  
lich hätte sagen müssen, nämlich daß die Klassengegensätze nicht durch Rußhandel zwischen Gewerkschaftsbeamten und Unternehmern, auch nicht durch Einlösung der Arbeiterschaft, sondern nur durch brutale Unterdrückung der heute noch herrschenden Klasse und Vernichtung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft beseitigt werden können. Die gemiesenen Rich-  
linien gehen deutlich genug hervor aus den zwei Anträgen, die Kollege Gerber einbrachte, die die Bildung von Aktions- und Kontrollausschüssen für den Reichsbetriebsrätekongress forderten. Ebenso verlangte ein Antrag des Kollegen Rinne die völlige Amnestie für Mar Höls. Der Beifall, den die Kollegen in der Diskussion für ihre Ausführungen ernteten, lies auf Annahme dieser Anträge schließen, wenn, ja wenn Kollege Senf in seiner demagogischen Art und Weise, die Mitglieder genau kennend, die Kollegen nicht gruselig gemacht hätte. In seinen Ausführungen betonte Kollege Senf, daß sich die Kollegen durch Bildung solcher Aktions- und Kontrollaus-  
schüsse außerhalb der Arbeitsgemeinschaften stellen und somit auch die Neuregelung der Löhne, die er ansprechend mitteilen wolle, illusorisch machen würden. Dieses fruchtete, und die ge-  
stellten Anträge wurden gegen eine ziemlich starke Minderheit abgelehnt. Das beliebte Mittel mußte auch hier wieder herhalten, daß derartige Ausschüsse, ebenso wie der Reichs-  
Betriebsrätekongress eine kommunistische Sache seien und nur den Zweck verfolgten, die Interessen der Arbeiter zu schädigen. Demgegenüber muß sofort festgestellt werden, daß die An-  
tragssteller, ebenso wie der größte Teil der Opposition keine Kommunisten waren, sondern es ist hierdurch nur der Beweis erbracht, daß eben auch große Teile der SPD.-Arbeiter sowie Parteilohe den einzig gangbaren Weg klar erkannt haben und gegen die bremsenden Gewerkschaftsführer offen Stellung nehmen. Auf der anderen Seite ist aber ebenso klar bewiesen, daß die Frage momentaner höherer Löhne, auch wenn dieselben noch lange nicht an das Existenzminimum heranreichen, große Teile der Arbeiterschaft, die noch heute unter dem Einfluß der Gewerkschaftsführer und deren veraltete Taktik stehen, die Arbeiter von politischen Bestrebungen abbringen. Die Not ist auch hier die eigentliche Triebfeder. Die Verkennung der Tatsache, daß der Reallohn der Arbeiter mit jeder Lohn-  
erhöhung niedriger wird, trägt an der Ablehnung der Anträge ebenso viel Schuld, wie die falsche Einstellung der Gewerkschaftsführer, wonach die Arbeitermassen heut für den Klassen-  
kampf noch nicht reif wären.

Die ab 23. September zu zahlenden Löhne sind um etwa 90 Prozent höher als die bisherigen Septemberlöhne. Das mag auf den ersten Blick ziemlich annehmbar erscheinen, wenn man aber in Betracht zieht, daß auf Grund der Sep-  
temberlöhne ein Handelshilfsarbeiter, der Frau und 2 Kinder zu ernähren hat, einen Wochenlohn von 1760 Mt. erhält und daß derselbe Arbeiter in den nächsten 2 Wochen je 3199 Mt. bekommt, da muß jeder Klardenkende überzeugt davon sein, daß die Erregung unter den Kollegen bis zur nächsten Lohn-  
erhöhung noch größer werden wird, als wie sie sich in der stattgefundenen Versammlung kundgetan hat. Die Lebens-  
haltung wird eben von Tag zu Tag teurer und alle Resultate der Arbeitsgemeinschaftspolitik sind nur ein Trugbild. Die Erregung unter den Massen wird weiter wachsen, bis sie sich in einer Erhebung gegen das Kapital und die Gewerkschaftsführer als dessen Diener Luft machen wird.

Gegen die Rauschmiffe.  
Die Mitglieder-Versammlung der SPD. findet am Sonn-  
ausgeschlossenen Kollegen, haben gegen den ungerechtfertigten Ausschluß Einspruch erhoben. Da sich der Hauptvorstand ba-

